



Innovations- bremsen lösen

DIHK-Innovationsreport 2023

 **Gemeinsam NeuesWagen**

DIHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammer

IHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammern

Inhaltsverzeichnis

Das Wichtigste in Kürze	2
I. Krisenmodus hemmt Innovationen	3
II. Kooperieren, Qualifizieren, Digitalisieren	4
III. Seit 2017 verschlechtern sich die Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung	15
IV. Größte Innovationsblockaden: Mangel an Fachpersonal und überbordende Bürokratie	15
V. Ohne Finanzierung keine Ideenumsetzung	19
Fragebogen	24
Methodik	30
Impressum	30

Das Wichtigste in Kürze

- Innovationsdynamik auf niedrigstem Stand: Die Innovationsbereitschaft der Unternehmen ist auf dem niedrigsten Stand seit Beginn der Erfassung. Der Innovationssaldo hat mit 23 Punkten seinen tiefsten Stand seit der Ersthebung im Jahr 2008 erreicht (Vorumfrage 2020: 36 Punkte). Die anhaltenden Krisen veranlassen Unternehmen aller Größen dazu, weniger in Innovationen zu investieren.
- Rahmenbedingungen nochmals schlechter: Seit 2017 verschlechtert sich aus Sicht der Wirtschaft das Umfeld für Forschung und Entwicklung stetig. Aktuell bewerten die deutschen Unternehmen die Rahmenbedingungen in Deutschland mit der Schulnote 3,4. Sie haben sich damit zum zweiten Mal in Folge verschlechtert – im Jahr 2020 lag die Bewertung bei 3,0 und im Jahr 2017 noch bei 2,6.
- Innovationsaktivitäten lassen nach: Für fast alle gängigen Maßnahmen zur Steigerung der Innovationsaktivität lässt sich ein Rückgang feststellen. Das gilt z. B. im Bereich der Mitarbeiterqualifizierungen (minus 4 Prozentpunkte), für die Entwicklung neuer Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle im Zuge der Digitalisierung (minus 5 Prozentpunkte) oder bei der Vernetzung und Automatisierung von Produktionsprozessen (minus 8 Prozentpunkte).
- Ausland wird attraktiver: Der Aufbau von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten im Ausland nimmt zu. Gaben bei der Vorumfrage 2020 nur ein Viertel der Unternehmen an, F&E Kapazitäten im Ausland aufbauen zu wollen, lag der Anteil in diesem Jahr bei 34 Prozent. Das sind deutliche Anzeichen einer F&E-Verlagerung.
- Größte Innovationsbremsen – Fachkräftemangel und Bürokratie: Fast drei Viertel der Unternehmen beklagen den Fachkräftemangel und sehen sich durch ihre begrenzten fachlichen und personellen Kapazitäten eingeschränkt. An zweiter Stelle mit einem fast gleich hohen Anteil an betroffenen Unternehmen stehen hohe bürokratische Anforderungen. Mehr als zwei Drittel (68 Prozent) der Unternehmen beklagen, dass die Bürokratie sie in ihren Innovationen einschränkt. Der Erfüllungsaufwand bindet mehr und mehr Ressourcen, die unter dem Strich für Innovationen fehlen.
- Förderprogramme oftmals unbekannt und zu kompliziert: Insgesamt fällt die Bewertung der Förderprogramme gemischt aus. Der Anteil an beanspruchten Programmen auf Länderebene hat seit 2017 kontinuierlich zugenommen (2017: 17 Prozent; 2020: 20 Prozent; 2023: 22 Prozent), auf Bundesebene auf mäßigem Niveau stagniert (2017: 21 Prozent; 2020: 13 Prozent; 2023: 13 Prozent) und auf EU-Ebene stetig abgenommen (2017: 10 Prozent; 2020: 5 Prozent; 2023: 4 Prozent). Insbesondere die weitgehende Unbekanntheit der Programme und die komplizierten Antragstellungen haben Unternehmen vom Nutzen dieser Möglichkeiten abgehalten. Auch unerwartete Einschränkungen wie Antragsstopps oder geänderte Antragsfristen haben ihre Spuren hinterlassen.

I. Krisenmodus hemmt Innovationen

Die anhaltenden Krisen und das damit verbundene schwierige wirtschaftliche Fahrwasser haben erhebliche Auswirkungen auf deutsche Unternehmen – und insbesondere auch auf deren Innovationsleistung. Deutsche Firmen wollen so wenig wie nie zuvor gemessen in Innovationen investieren. Wollten bei der letzten Befragung vor drei Jahren noch knapp die Hälfte der Unternehmen ihre Innovationsaktivitäten ausweiten, beträgt der Anteil heute nur noch 38 Prozent. 15 Prozent der Betriebe in Deutschland wollen sogar in den kommenden zwölf Monaten ihre Innovationsaktivitäten verringern, 38 Prozent planen mit unveränderten Aktivitäten. Der Innovationssaldo, die Differenz aus Ausweitung und Verringerung, sinkt auf ein Rekordtief von 23 Punkten bzw. 19 Punkte für KMU (bis 249 Mitarbeitende seit Umfragebeginn 2008). Im Vergleich zur Vorumfrage von 2020 ist der Innovationssaldo um 13 Punkte gesunken. Die KMU verzeichnen einen ähnlichen gravierenden Rückgang um 12 Punkte.

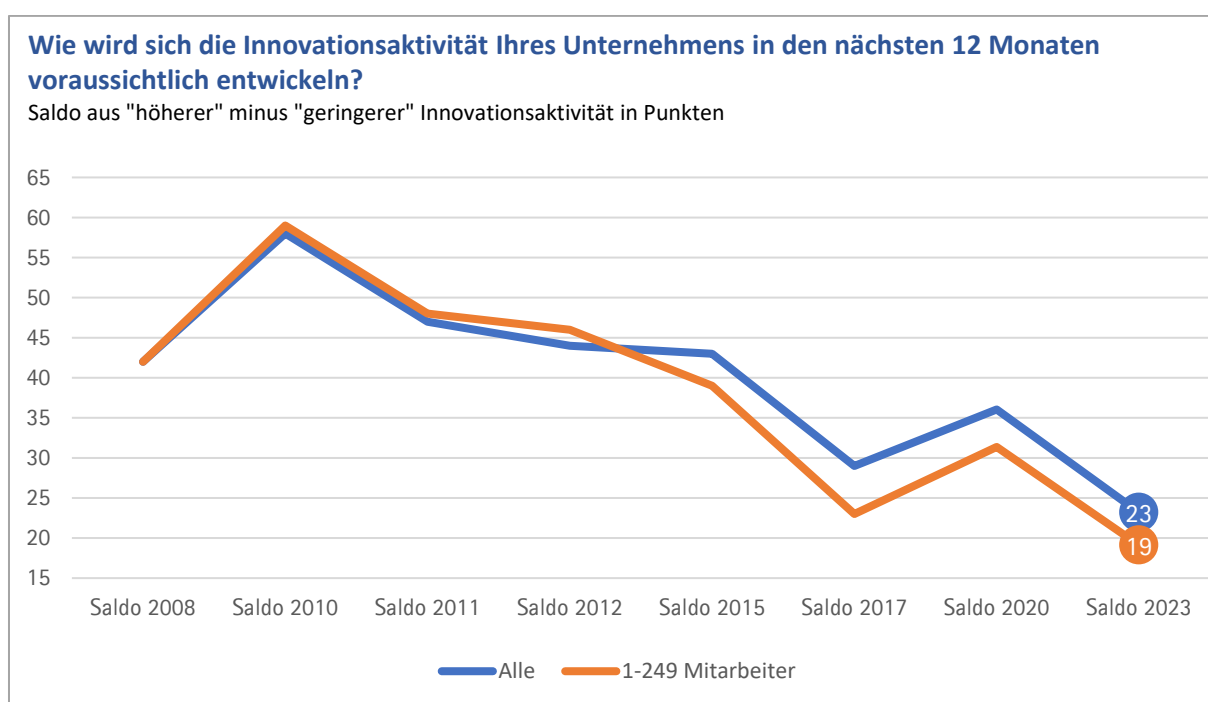


Abbildung 1: Innovationssaldo im Zeitverlauf

Rückgang der Innovationsdynamik auch bei großen Unternehmen

Die derzeitigen Rahmenbedingungen in Deutschland hemmen die überwiegende Mehrzahl der Unternehmen bei ihren Innovationsaktivitäten. Betroffen sind kleine und große Unternehmen gleichermaßen. Die Folge: obwohl insgesamt weiterhin mehr Betriebe ihr Innovationsengagement steigern als reduzieren wollen, ist der Innovationsaktivitätssaldo größenunabhängig seit 2020 deutlich gesunken: für Unternehmen mit einer Größe von über 500 Mitarbeitern um 16 Punkte (von 58 auf 42), bei Unternehmen bis zu 500 Mitarbeitern um 3 Punkte (von 40 auf 37), und bei den kleinsten Betrieben um 10 Punkte (von 27 auf 17). Die stärkste Reduzierung von Aktivitäten fand bei Unternehmen mit einer Größe von 50 bis 99 Mitarbeitern statt: Ein Rückgang um 19 Punkte (von 34 auf 15). Es zeigt sich – das Zurückfahren von Investitionen kommt zum Schluss auch bei den Innovationen an.

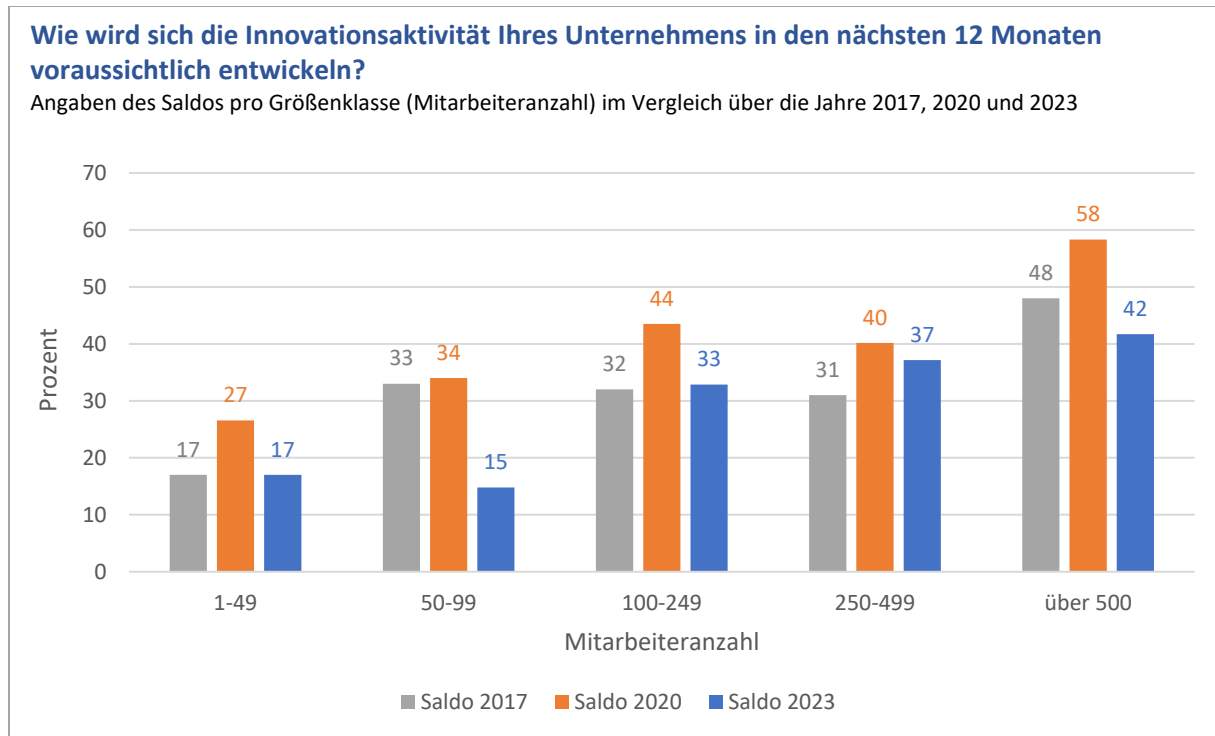


Abbildung 2: Innovationsaktivität nach Größenklassen

II. Kooperieren, Qualifizieren, Digitalisieren

Die Folgen der Corona-Krise mit unterbrochenen Liefer- und Wertschöpfungsketten, eine Gasversorgungs- und Energiekrise, Kriege und andere geopolitische Spannungen haben die Langzeitpläne von Unternehmen durcheinandergebracht. Gemeinschaftliche Anstrengungen diese Herausforderungen zu überwinden, liegen daher im Interesse aller. Auch die Problematik des Klimawandels und die damit verbundene Transformation unserer Wirtschaft kann nur in einem gemeinsamen Kraftakt und mithilfe von Innovationen erfolgreich gelingen. Daher ist es wenig verwunderlich, dass von den Unternehmen vor allem Kooperationsprojekte mit allen relevanten Stakeholdern geplant werden, um die eigene Innovationsfähigkeit zu steigern. Von ähnlicher Bedeutung für die Betriebe aller Größen sind die Qualifizierung eigener Mitarbeitenden und die Entwicklung neuer Produkte im Zuge der Digitalisierung.

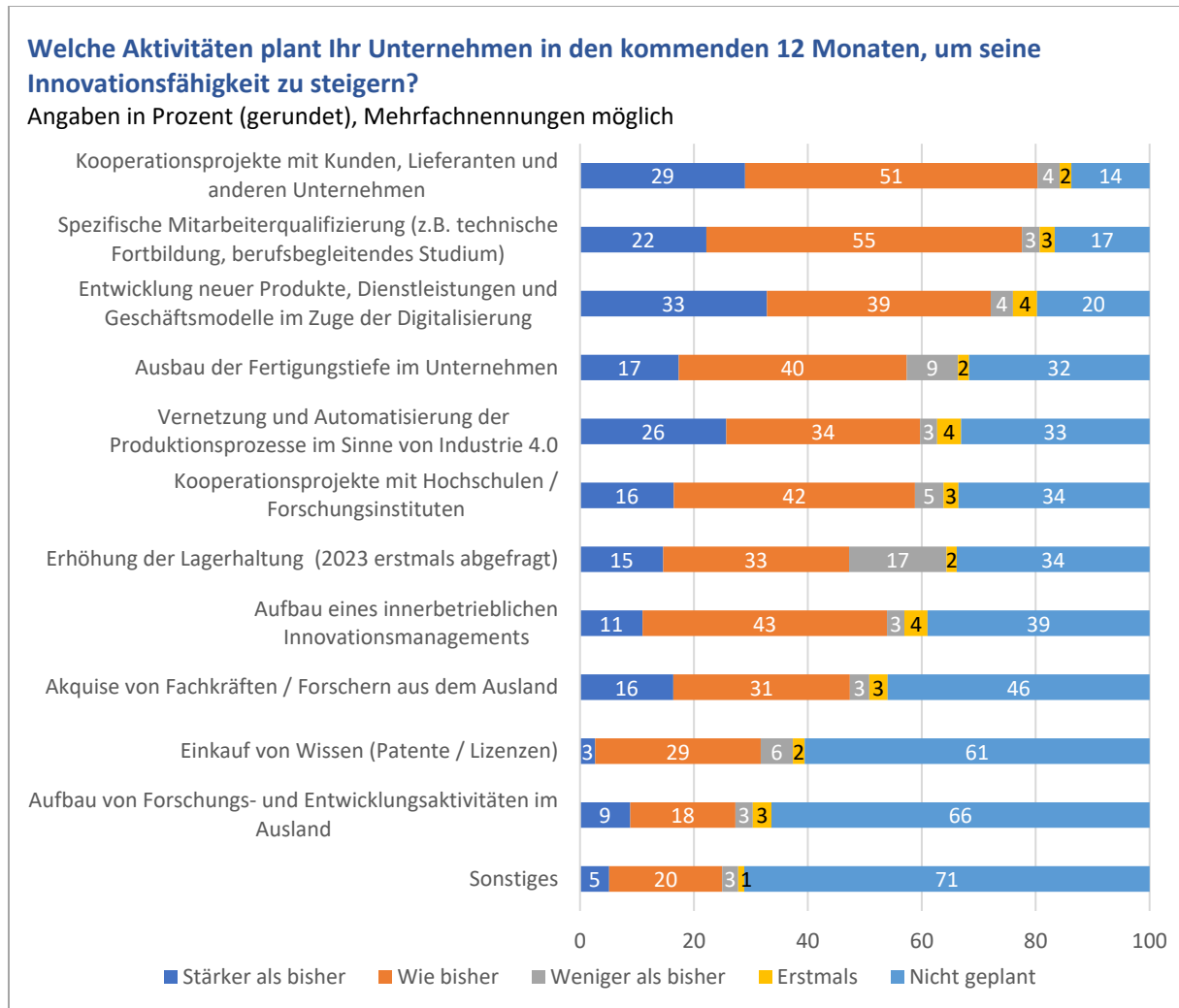


Abbildung 3: Liste Innovationsaktivitäten (absteigend sortiert)

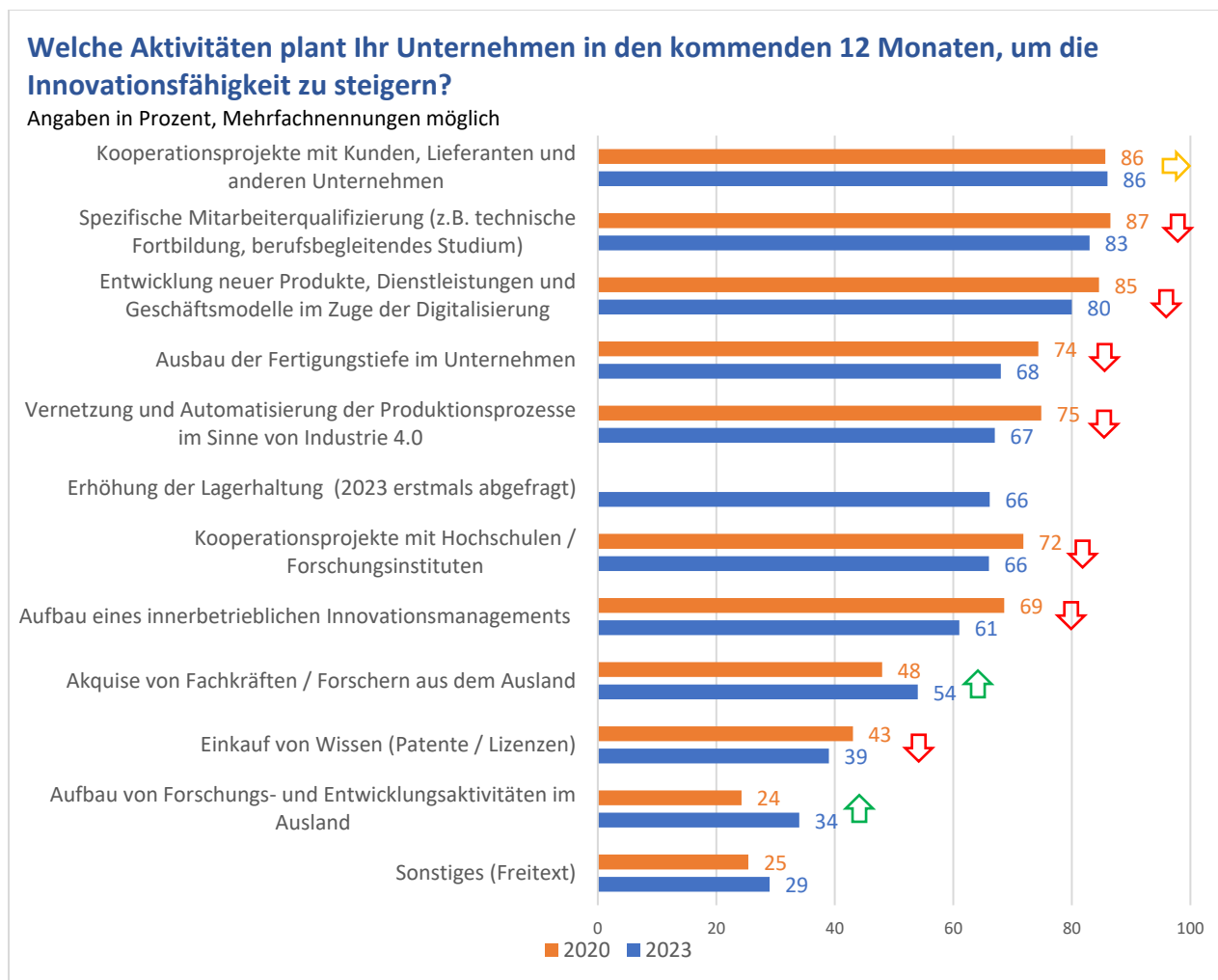


Abbildung 4: Innovationsaktivitäten in den kommenden 12 Monaten (absteigend sortiert)

Gemeinsam statt einsam – Wissenstransfer ermöglichen ...

Innovative Ideen entstehen nicht im Vakuum. Bei dem Großteil der Unternehmen (86 Prozent) besteht daher der Wunsch entlang der eigenen Wertschöpfungskette und im engen Austausch mit Partnern, Kunden, Lieferanten und auch anderen Unternehmen zu kooperieren. Das Feedback von Kunden und Lieferanten sowie die Expertise von Forschenden und der Anwendungsbezug in der Wirtschaft bilden die ideale Grundlage für erfolgreiche Innovationen. Neue Produkte entstehen durch konstruktiven Austausch, kritisches Bewerten und gemeinsames Weiterentwickeln in Teams mit unterschiedlichen Hintergründen. Gemeinschaftliche Innovationszentren, Integration von Wertschöpfungspartnern in gemeinsamen Projekten und die Zusammenarbeit in Technologiezentren bieten sich für solche Kooperationen an.

Diese Kooperationsbereitschaft ist branchenübergreifend allerdings unterschiedlich ausgeprägt: Lediglich ein Viertel aller Unternehmen der Bauindustrie möchten stärker als bisher Kooperationen eingehen – im Branchenvergleich der niedrigste Wert – während im Dienstleistungssektor fast ein Drittel (31 Prozent) aller Betriebe neue Kooperationsprojekte beginnen möchten (höchster Wert im Branchenvergleich). Auch innerhalb der verschiedenen Sparten in der Industrie zeigt sich die Bereitschaft zu kooperieren. Im Maschinenbau (34 Prozent), in der Chemischen-/Pharmazeutischen Industrie (30 Prozent) und der Elektrotechnik (26 Prozent) sowie der Gummi- und Kunststoffindustrie (29 Prozent) und in der Metallherzeugung und -bearbeitung (25 Prozent) sollen Kooperationen ausgeweitet werden. Letztgenannte verzeichnen

auch im Vergleich zu 2020 eine bedeutende Zunahme an Unternehmen deren Kooperationen stärker als bisher ausgebaut werden sollen (Gummi- und Kunststoffindustrie plus 9 Prozentpunkte und für Metallherzeugung und -bearbeitung plus 11 Prozentpunkte). Diese Industrien stehen mit Blick auf die Einführung einer zirkulären Wirtschaft und einer klimaneutralen Industrie vor gewaltigen Transformationen. Innovationen, an denen alle Beteiligten der Wertschöpfungskette teilhaben, sind gerade vor diesem Hintergrund ein wichtiger Schlüssel zum Erfolg.

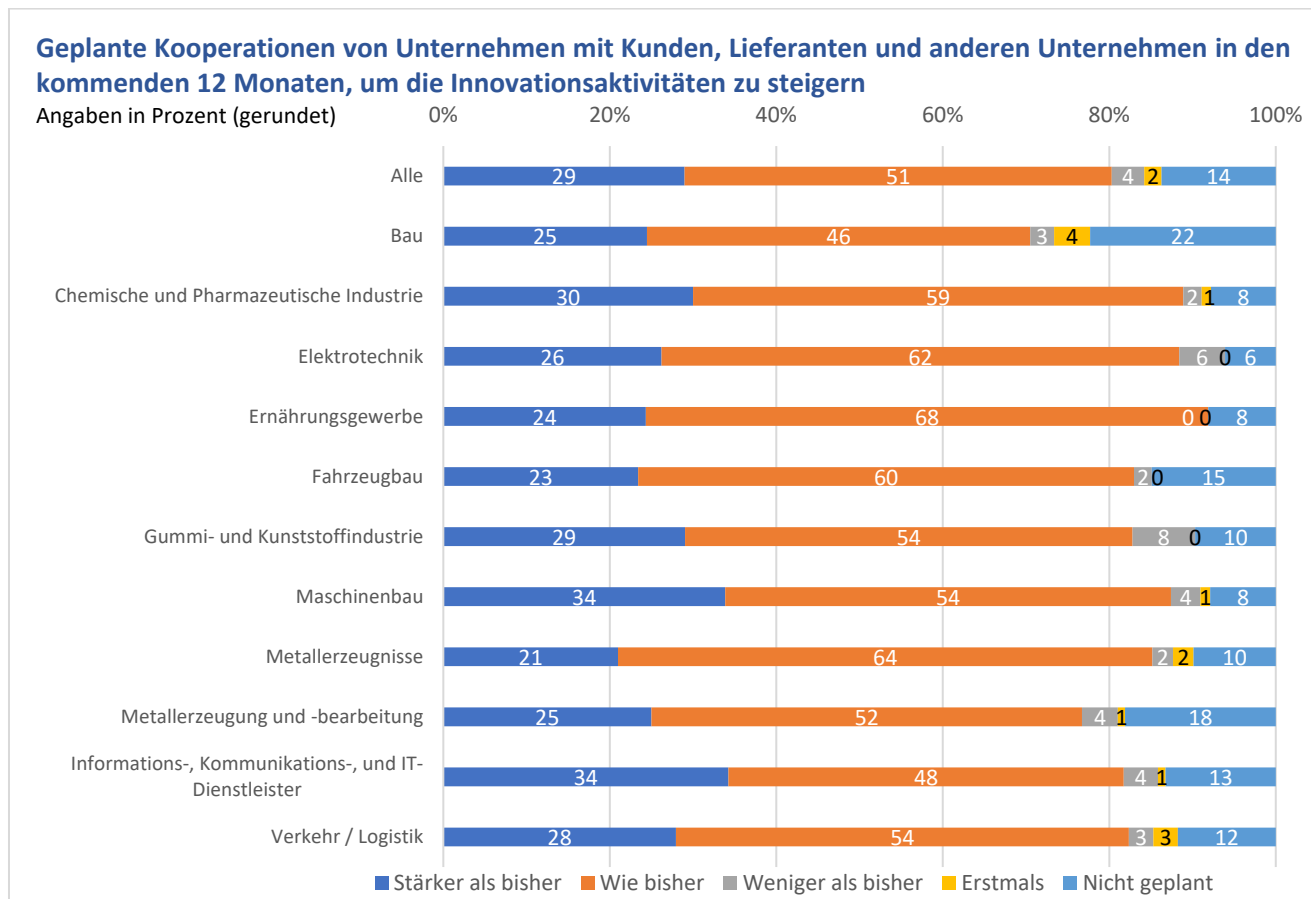


Abbildung 5: Geplante Kooperationen mit Kunden, Lieferanten und anderen Unternehmen im Branchenvergleich

Wie bereits in den Vorumfragen von 2020 und von 2017 nimmt der Wille mit Kunden, Lieferanten und anderen Unternehmen zu kooperieren mit zunehmender Größe zu. Der Anteil an Unternehmen, die keine Kooperationen eingehen, ist unter Kleinst- und KMU mit 16 Prozent am höchsten. Oftmals sind die personellen und finanziellen Kapazitäten für langwierige Innovationsprozesse in den kleineren Unternehmen nicht ausreichend.

... auch zusammen mit der Wissenschaft

Zwei Drittel der Unternehmen planen mit Hochschulen oder Forschungsinstituten zu kooperieren (66 Prozent; 2020: 72 Prozent). Zusätzliches Know-how aus der Wissenschaft kann Unternehmen helfen, im technologischen Wettbewerb Schritt zu halten. 16 Prozent der Betriebe wollen ihre bestehenden Kooperationen mit Hochschulen sogar ausbauen. 5 Prozent der Unternehmen möchten ihr Engagement reduzieren. 34 Prozent planen keine Zusammenarbeit (Vorumfrage 2020: 28 Prozent). Insbesondere Betriebe aus der Chemischen und Pharmazeutischen Industrie (19 Prozent), der Elektrotechnik (18 Prozent) und der Gummi- und Kunststoffindustrie (19 Prozent) streben eine vertiefte Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen an. Auch im Dienstleistungssektor scheinen die industrienahen Dienstleister und die IT am

häufigsten den Austausch mit der Wissenschaft zu suchen. Ein Fünftel dieser Dienstleister möchte zukünftig vermehrt auf Kooperation mit akademischen Einrichtungen setzen.

KMU wollen seltener mit Forschungseinrichtungen kooperieren

Vier von zehn KMU planen keine gemeinsamen Projekte mit Hochschulen oder Forschungsinstitutionen – vor drei Jahren waren es 34 Prozent. Die finanziellen und personellen Kapazitäten kleinerer Unternehmen sind häufig nicht für längerfristige, abstimmungintensive Forschungsprojekte ausgelegt. Neben fehlenden Ressourcen kann auch die Sorge um Geschäftsgeheimnisse und Geistiges Eigentum eine zentrale Rolle in den Abwägungen von KMU spielen. Daher ist es wichtig, dass die geplante Deutsche Agentur für Transfer und Innovation (DATI) wirtschaftsnah und mittelstandsfreundlich arbeitet, um auch kleinere Unternehmen einzubeziehen. Die DATI soll dazu beitragen, Forschungsergebnisse durch einen effektiven Wissenstransfer schneller in die Anwendung zu bringen.

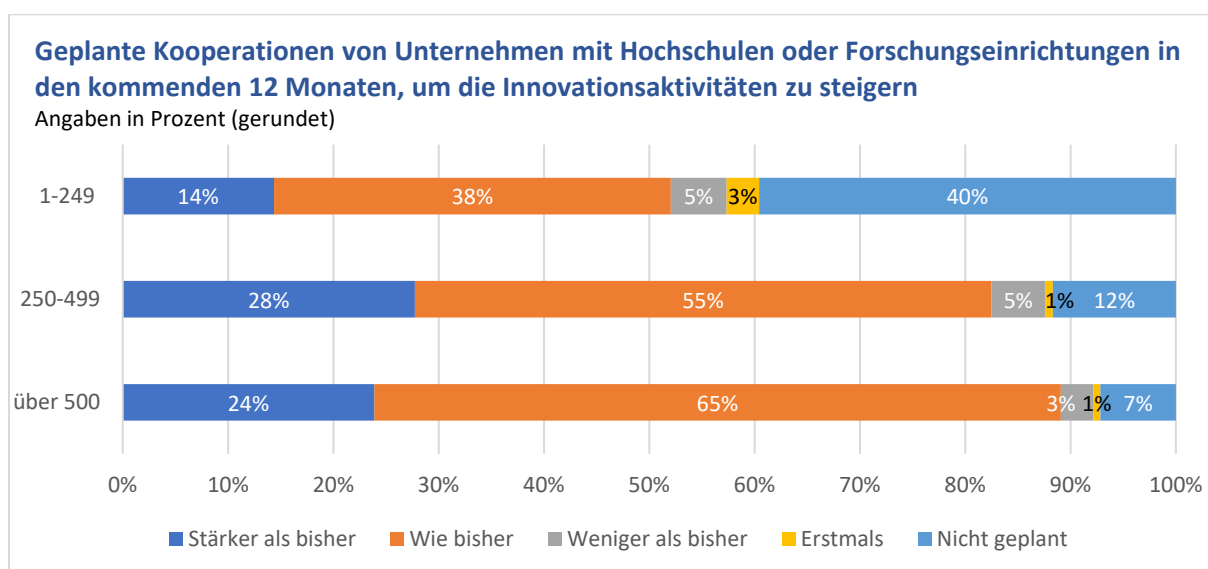


Abbildung 6: Geplante Kooperationen mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen nach Mitarbeiteranzahl

Mitarbeitende bleiben der Schlüssel zum Erfolg

Gut ausgebildete Mitarbeitende bleiben die Grundlage für ein innovationsstarkes Deutschland. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels spielt jedoch der zunehmende Fachkräftemangel eine erhebliche Rolle. Zusätzlich werden insbesondere für die Transformation der Wirtschaft qualifizierte Mitarbeitende gesucht, die über entsprechende Kompetenzen verfügen.

Daher nimmt die Aus- und Weiterbildung von Mitarbeitenden für Innovationsvorhaben, wie bereits in der Vorumfrage von 2020 eine zentrale Rolle ein. In den kommenden zwölf Monaten möchten erneut mehr als acht von zehn Unternehmen ihre Mitarbeitenden fort- oder weiterbilden, z. B. im Rahmen einer technischen Fortbildung oder einem berufsbegleitenden Studium (2020: 87 Prozent). Jedes fünfte Unternehmen strebt an, entsprechende Angebote oder Berufsbildungsmaßnahmen sogar auszubauen (22 Prozent).

Die IHKS unterstützen Unternehmen durch vielfältige Qualifizierungs- und Entwicklungsmöglichkeiten in der Aus- und Weiterbildung. So vermittelt beispielsweise das Projekt Energie-Scouts Auszubildende Basiswissen zu den Themen Energieeffizienz und Nachhaltigkeit. Der kostenfreie Onlinekurs „Elements of AI“ bietet jedem die Möglichkeit, ein Grundverständnis für künstliche Intelligenz und ihre Einsatzmöglichkeiten aufzubauen.

Zunehmend zusätzliches Fachpersonal aus dem Ausland

Neben der Möglichkeit das eigene Personal fortzubilden, setzen Unternehmen auch verstärkt auf Expertise aus dem Ausland. 54 Prozent der Unternehmen planen in den nächsten zwölf Monaten, ausländische Fachkräfte und Forschende in den eigenen Betrieb zu holen (2020: 48 Prozent). Dadurch können einerseits die Auswirkungen des Fachkräftemangels abgedeckt werden und andererseits besteht die Möglichkeit, sich auf diese Weise internationale Expertise und globales Know-how anzueignen. Seit März 2020 ermöglicht das Fachkräfteeinwanderungsgesetz Unternehmen eine vereinfachte Einstellung, insbesondere von beruflich qualifizierten Fachkräften aus Nicht-EU-Ländern.

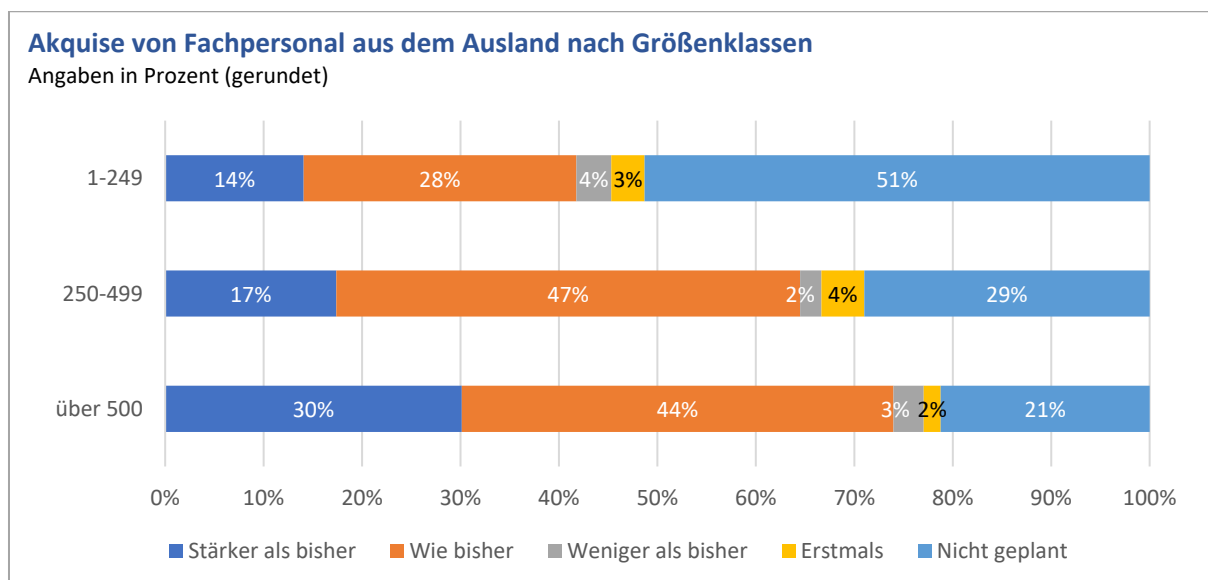


Abbildung 7: Akquise von Fachpersonal aus dem Ausland nach Größenklassen

Für große Unternehmen sind die Herausforderungen der Anwerbung ausländischer Fachkräfte deutlich geringer als für KMU. Fehlende Kapazitäten, kleinere Personalabteilungen und ungenügende Kenntnisse über die internationale Personalbeschaffung sorgen dafür, dass mit abnehmender Mitarbeiterzahl auch die Akquise ausländischer Experten zurückgeht. Die Hälfte der KMU planen keine internationalen

Fachkräfte einzustellen. Unter den größeren Unternehmen liegt dieser Anteil nur bei 29 Prozent (250-499 Mitarbeitende) beziehungsweise bei 21 Prozent (über 500 Mitarbeitende).

Die nötige Anerkennung ausländischer Abschlüsse in den IHK-Berufen aus Industrie, Handel, Gastronomie und Dienstleistungen erfolgt durch die zentrale Stelle – IHK FOSA (Foreign Skills Approval) – mit Sitz in Nürnberg. Die IHK FOSA führt das Anerkennungsverfahren durch und vergleicht die Berufsabschlüsse aus dem Ausland mit den entsprechenden deutschen Referenzberufen. Die IHKs vor Ort beraten und unterstützen anerkenntnisinteressierte Personen und Unternehmen bei Fragen rund um das Thema Anerkennung.

Gebremste Entwicklung neuer digitaler Geschäftsmodelle und Produkte

Die Corona-Krise hat viele Unternehmen in die Situation versetzt, sich mit Digitalisierungsmaßnahmen beschäftigen zu müssen. Allerdings haben sich laut DIHK-Digitalisierungsumfrage 2022/2023¹ die Unternehmen zuletzt auf ihr Kerngeschäft konzentriert und nur schrittweise in Digitalisierung investiert. Dabei traten insbesondere die Entwicklungen von Innovationen und neuen Geschäftsmodellen in den Hintergrund.

Dieser Trend lässt sich auch an den Zahlen von 2020 und 2023 ablesen. Hatten 2020 noch 42 Prozent der Betriebe vor, stärker als bisher auf die Entwicklung neuer Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle im Zuge der Digitalisierung zu setzen, so sind es in diesem Jahr nur 33 Prozent. Dieser gravierende Rückgang ist branchenübergreifend zu beobachten. Selbst unter den IT- und Kommunikations-Dienstleistern hat sich die relative Anzahl an Unternehmen, die auf neue Geschäftsmodelle durch die Digitalisierung verzichten, mehr als verdoppelt (von drei auf sieben Prozent). Nur in der Chemischen und Pharmazeutischen Industrie möchte ein ähnlicher Anteil an Unternehmen (2023: 37 Prozent) wie vor drei Jahren (2020: 38 Prozent) auch in den kommenden zwölf Monaten stärker als bisher auf die Digitalisierung setzen, um Innovationen zu fördern.

¹ „Digitalisierung tritt auf der Stelle Die IHK-Umfrage zur Digitalisierung“ Februar 2023

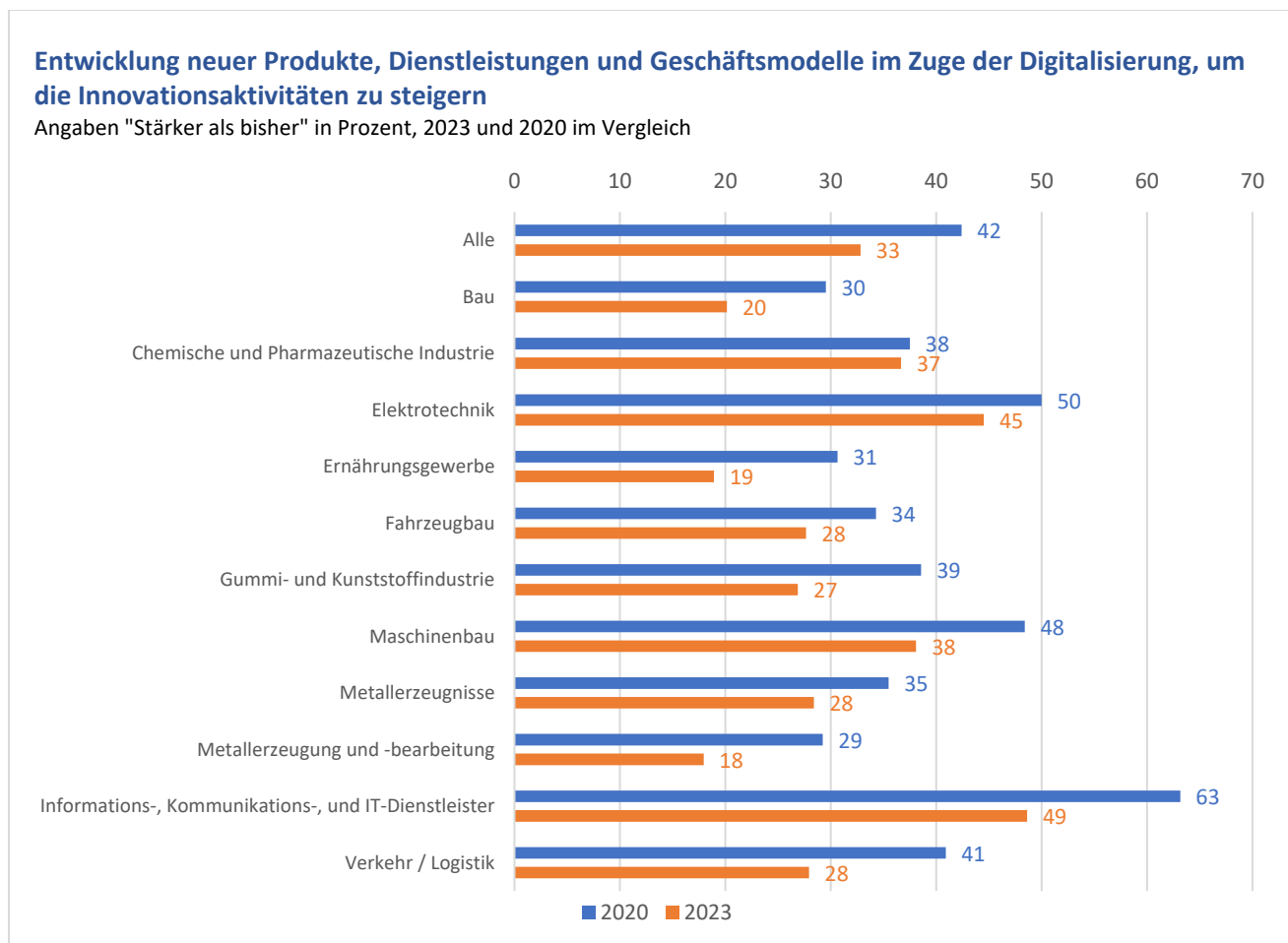


Abbildung 8: Unternehmen die "stärker als bisher" neue Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle im Zuge der Digitalisierung entwickeln

... sowie Investitionen in Industrie 4.0

Ein Drittel der Unternehmen plant, in den kommenden zwölf Monaten Innovationen im Sinne von Industrie 4.0 unberücksichtigt zu lassen (Vorumfrage 2020: 25 Prozent), bei den KMU bis 249 Mitarbeitenden sind es sogar noch mehr (39 Prozent). Hingegen will knapp die Hälfte der Firmen mit über 500 Mitarbeitenden stärker als bisher in Industrie 4.0-Innovationen investieren. Die Bedeutung von Industrie 4.0, die Auswertung von Daten und Einbindung von KI scheint für die Industrie von essenzieller Bedeutung und selbst in Krisenzeiten, weiterhin investitionswürdig zu sein. Im Branchenvergleich sehen insbesondere Unternehmen aus dem Ernährungsgewerbe (51 Prozent), der Gummi- und Kunststoffindustrie (45 Prozent) sowie im Fahrzeugbau (38 Prozent) Potentiale bei der Vernetzung und Automatisierung von Produktionsprozessen im Sinne von Industrie 4.0.

Um den Datenraum Industrie 4.0 und die Transformation zu einer digital vernetzten Industrie zukünftig in der ganzen Breite zu realisieren, hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz die Initiative „Manufacturing-X“ ins Leben gerufen. Ziel der Initiative ist es, Daten über die gesamte Fertigungs- und Lieferkette souverän und gemeinsam nutzen können. Startschuss war im August dieses Jahres.

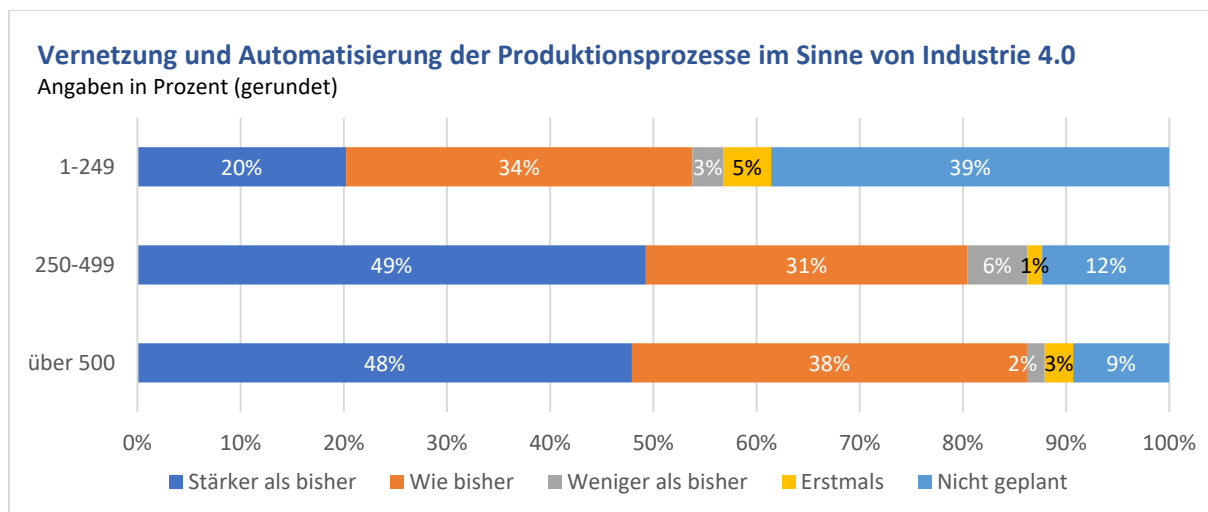


Abbildung 9: Vernetzung und Automatisierung der Produktionsprozesse im Sinne von Industrie 4.0

Geringeres Interesse am Ausbau der Fertigungstiefe – Ausnahme Industrie

Für 68 Prozent der Unternehmen ist der Ausbau der Fertigungstiefe eine Option, um die Kontrolle über den Produktionsprozess zu behalten – und sich von Schwankungen in der Lieferkette unabhängiger zu machen.

Insgesamt zeigen jedoch die aktuellen Zahlen, dass der Ausbau der Fertigungstiefe in den kommenden Monaten für weniger Unternehmen von Bedeutung ist als noch 2020. Denn der Anteil an Betrieben, die stärker als bisher auf einen Ausbau der Fertigungstiefe setzen (2023: 17 Prozent; 2020: 19 Prozent) hat abgenommen.

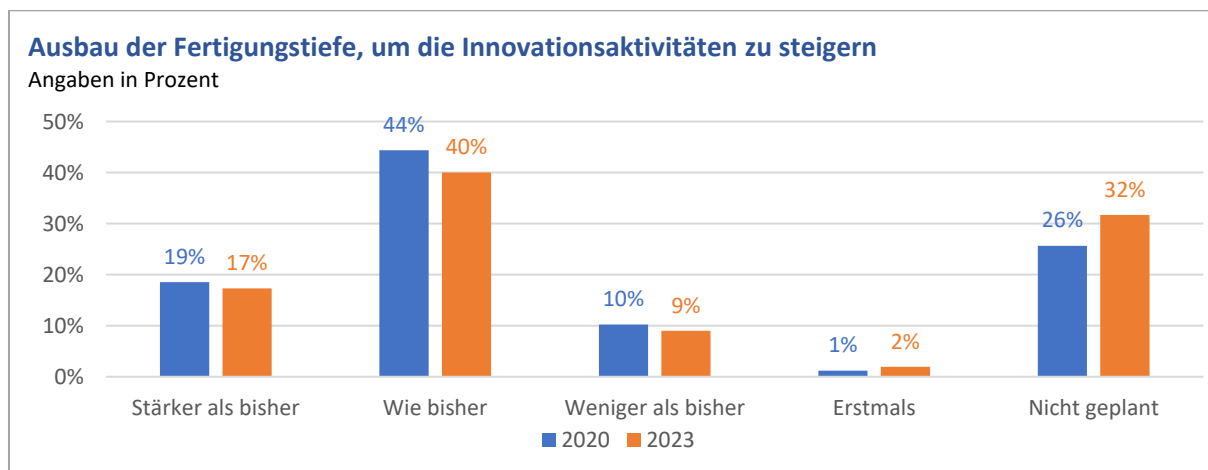


Abbildung 30: Ausbau der Fertigungstiefe, um die Innovationsaktivitäten zu steigern

Insbesondere für die Industrie ist es weiterhin reizvoll, die Fertigungstiefe zu erweitern. Die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit von Schlüsseltechnologien kann dabei ein Leitmotiv sein. Entsprechend hoch ist der Anteil an Industriebetrieben, die sich einen Ausbau in den kommenden 12 Monaten vorstellen können (81 Prozent) – auch im Vergleich zu den anderen Branchen (Bau: 67 Prozent; Dienstleistungen 55 Prozent). Insbesondere Deutschlands Schlüsselindustrien haben sich vorgenommen, auch zukünftig die Fertigungstiefe weiter auszubauen. Fast jedes vierte Unternehmen der Chemischen und Pharmazeutischen Industrie (23 Prozent), der Elektrotechnik (26 Prozent) und des Fahrzeugbaus (28 Prozent) will

verstärkt auf eine erweiterte Fertigungstiefe setzen. Einerseits kann die Abhängigkeit von Lieferanten dadurch reduziert werden, erhöht andererseits aber auch den Investitionsbedarf, etwa in zusätzliche Maschinen, Lagerhaltung usw.

Industrie möchte Lagerhaltung erhöhen

Eine andere Maßnahme, die es Unternehmen ermöglicht sich gegen Probleme innerhalb der Lieferkette zu wappnen, ist die Erhöhung der Lagerhaltung. Zwei Drittel der Unternehmen wollen in diese Maßnahme investieren. In der Industrie sind es sogar 81 Prozent. Insbesondere die Industriebetriebe sind mit ihren komplexen Produktionsprozessen auf die rechtzeitige Lieferung von Komponenten angewiesen. Bleiben diese aufgrund von Unterbrechungen in den Lieferketten aus, stehen ganze Produktionslinien still. Die Coronapandemie, aber auch Ereignisse wie die Blockade des Suez-Kanals durch ein havariertes Schiff, haben verdeutlicht, wie empfindlich Lieferketten sein können. Innerhalb der Industrie versucht gerade die Elektrotechnik, die auf unterschiedlichste technische Vorprodukte angewiesen ist, ihre Lagerhaltung zu erhöhen. Mit einem Gesamtanteil von 87 Prozent erweitern bereits fast neun von zehn Unternehmen ihre Kapazitäten. 30 Prozent der Elektrotechnikunternehmen haben vor in den kommenden zwölf Monaten diese sogar stärker als bisher auszubauen. Auch in der Chemischen und Pharmazeutischen Industrie erhöhen acht von zehn Unternehmen ihre Lagerhaltung.

Aufbau von F&E Aktivitäten im Ausland wird attraktiver

Unternehmen ziehen es vermehrt in Erwägung, Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten im Ausland aufzubauen. Mehr als jeder dritte Betrieb (34 Prozent) plant diesen Schritt – nach 24 Prozent in der Vorumfrage. Dabei zeigt sich, dass mit steigender Unternehmensgröße der Schritt ins Ausland relevanter wird.

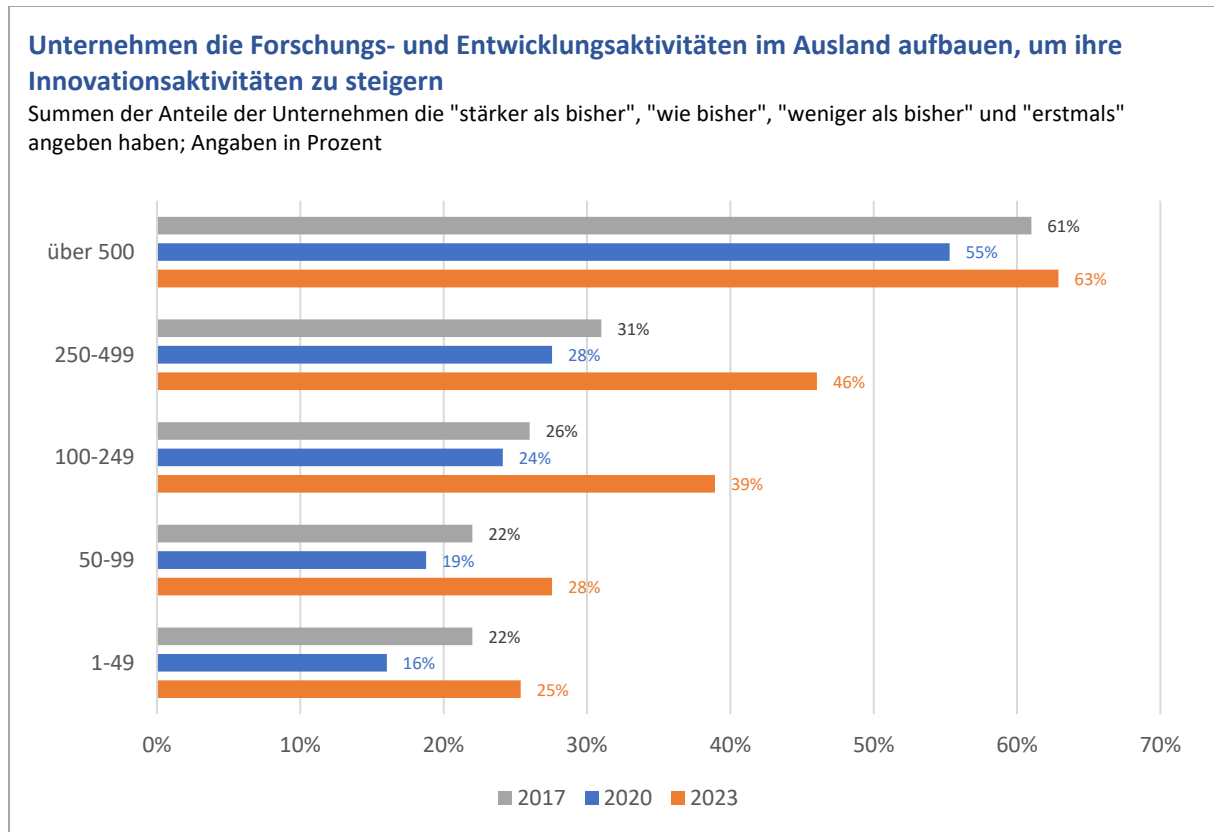


Abbildung 11: Unternehmen die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten im Ausland aufbauen, um ihre Innovationsaktivitäten zu steigern (nach Unternehmensgröße)

Sechs von zehn Großunternehmen (mehr als 500 Mitarbeitende) planen F&E-Aktivitäten im Ausland aufzubauen und knapp jedes Vierte der Großunternehmen möchte den Aufbau im Ausland stärker als bisher vorantreiben. Dass der Anteil bei KMU deutlich kleiner ist (28 Prozent), lässt sich auf den geringen finanziellen Spielraum der KMU zurückführen. Außerdem stellt der regulatorische Aufwand F&E Aktivitäten im Ausland aufzubauen für viele KMU eine zu hohe Hürde dar.

Einkauf von Wissen eher von untergeordneter Relevanz

Bisher kaufen knapp vier von zehn Unternehmen Wissen ein (39 Prozent). Dieser Wert liegt knapp unter dem Wert von 2020 (43 Prozent). Nur die wenigsten Betriebe wollen ihre Innovationsaktivitäten in diesem Bereich ausbauen (3 Prozent). Je kleiner das Unternehmen, desto höher scheinen die Hürden für den Kauf von Patenten und Co. Auch in diesem Fall fehlen KMU oftmals das Kapital oder Know-how sich mit der komplizierten Aneignung von Nutzungsrechten auseinanderzusetzen.

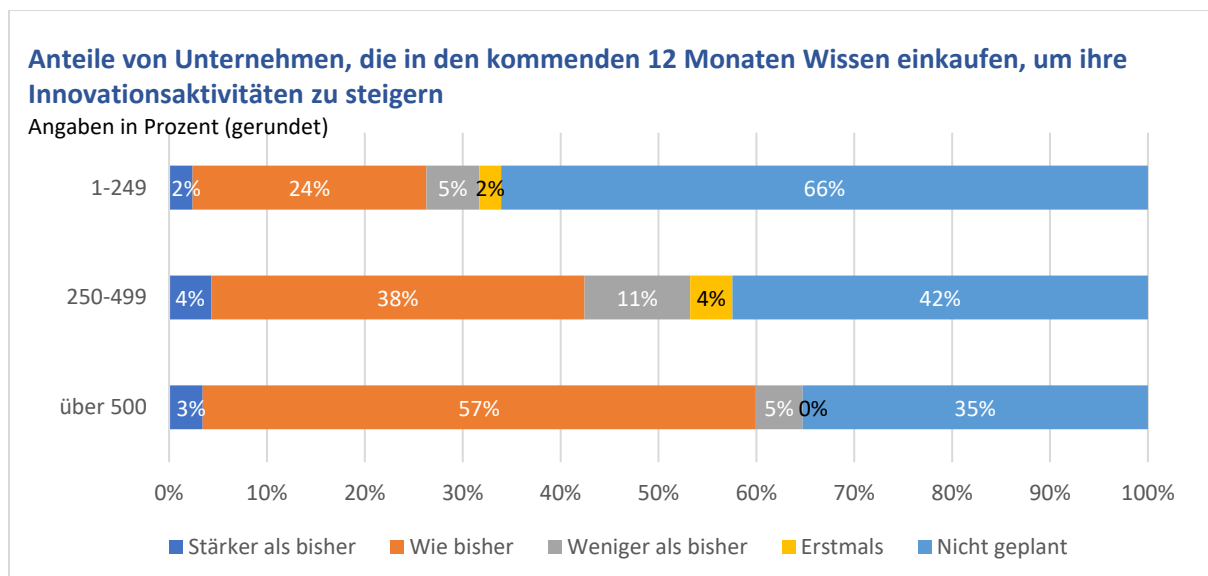


Abbildung 12: Anteile von Unternehmen, die in den kommenden 12 Monaten Wissen einkaufen, um ihre Innovationsaktivitäten zu steigern

III. Seit 2017 verschlechtern sich die Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung

Die Bundesregierung verfolgt das Ziel, bis 2025 die gesamtstaatlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf 3,5 Prozent des BIP zu steigern. Zusammen mit dem Staat, der Wirtschaft und den Hochschulen lag der Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung zuletzt bei 3,1 Prozent.² Es sind also weitere Anstrengungen notwendig, um das 3,5-Prozent-Ziel zu erreichen. Die Grundlage für das erfolgreiche Erhöhen dieses Anteils ist ein innovationsfreundliches Umfeld, das betriebliche Investitionen in Innovationen unterstützt. Aktuell bewerten die deutschen Unternehmen die Rahmenbedingungen in Deutschland jedoch mit der Schulnote 3,4. Somit haben sich die Rahmenbedingungen zum zweiten Mal in Folge verschlechtert – im Jahr 2020 lag die Bewertung bei 3,0 und im Jahr 2017 sogar noch bei 2,6.

IV. Größte Innovationsblockaden: Mangel an Fachpersonal und überbordende Bürokratie

Derzeit konzentrieren sich die Betriebe bei Investitionen auf ihr Kerngeschäft und innovieren weniger.³⁴ Um Unternehmen in ihren Innovationsaktivitäten zu bestärken, müssen daher Hemmnisse beseitigt werden. Allgemein ist festzuhalten, dass für jeden der innovationshemmenden Faktoren, der betroffene Anteil an Unternehmen im Vergleich zu 2020 zugenommen hat. Darüber hinaus kann die Verbesserung von Standortfaktoren wie bspw. die Höhe von Steuern und Abgaben, Energiepreise oder die Verfügbarkeit von Fachkräften, das Innovationsklima verbessern.

² DeStatis, Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 089 vom 8. März 2023, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/03/PD23_089_218.html

³ DIHK-Konjunkturumfrage Fröhsommer 2023: <https://www.dihk.de/de/themen-und-positionen/wirtschaftspolitik/konjunktur-und-wachstum/konjunkturumfrage-fruehsommer-2023>, Herbst 2023: <https://www.dihk.de/de/themen-und-positionen/wirtschaftspolitik/konjunktur-und-wachstum/konjunkturumfrage-herbst-2023/deutschland-braucht-eine-chancenorientierte-wirtschaftspolitik-104566>

⁴ IHK-Energiewende-Barometer 2023: <https://www.dihk.de/de/themen-und-positionen/wirtschaftspolitik/energie/energiewende-barometer-2023-98914>

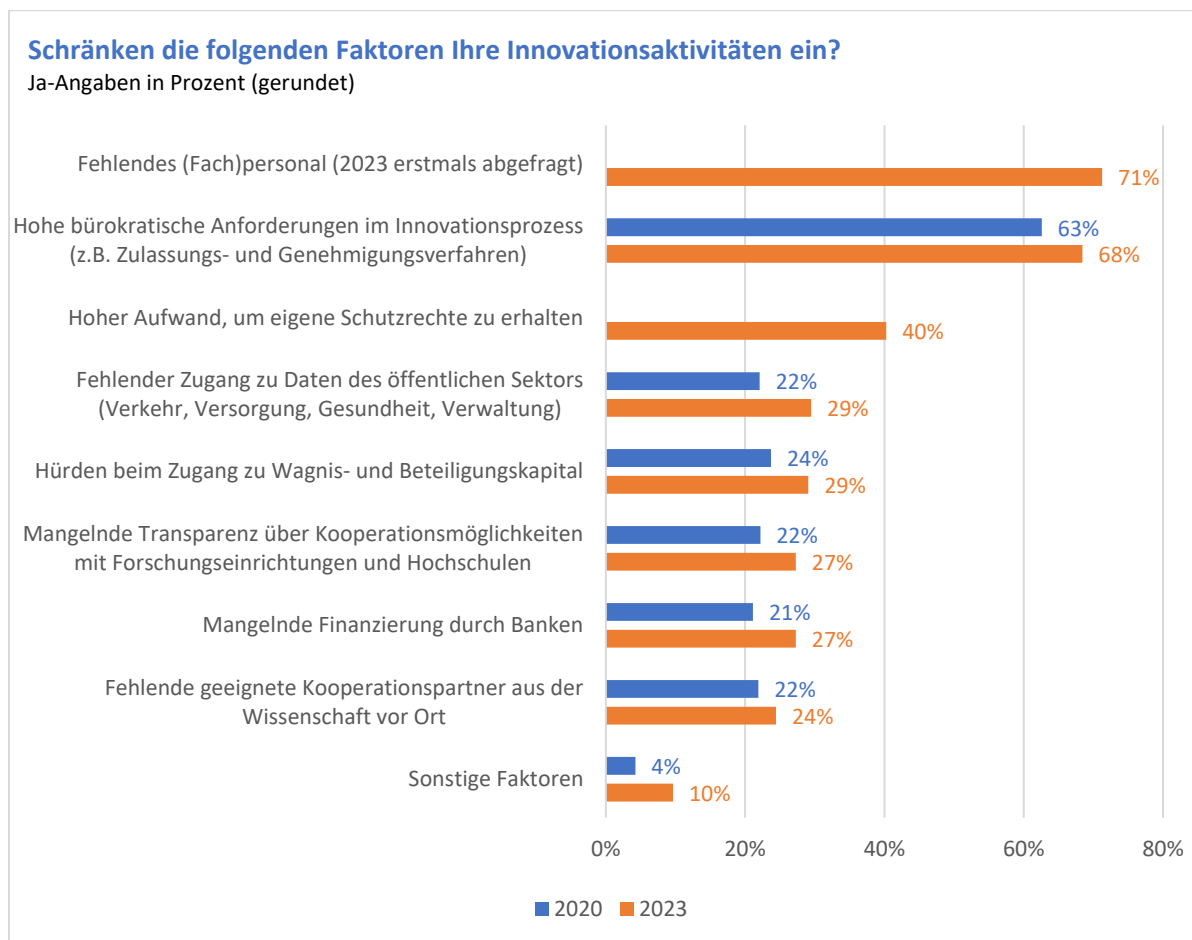


Abbildung 13: Auflistung der häufigsten Innovationshemmnisse; die Antwortoption „Hoher Aufwand, um eigene Schutzrechte zu erhalten“ wurde leicht abgeändert im Vergleich zur Vorumfrage und wird daher nicht verglichen.

Für rund sieben von zehn Unternehmen sind fehlendes Fachpersonal sowie hohe bürokratische Anforderungen im Innovationsprozess die beiden Haupthemmnisse für Innovationen. Der Fachkräftemangel hemmt Unternehmen aller Größen und Branchen. Im Branchenvergleich ist der Anteil an betroffenen Unternehmen bei den Dienstleistern am geringsten (66 Prozent) – in der Industrie und beim Bau dagegen am höchsten (jeweils 75 Prozent). Die bürokratischen Anforderungen sind als Innovationshemmnis gestiegen (2020: 63 Prozent, 2017: 65 Prozent). Die Vielzahl an Vorschriften und Richtlinien wie bspw. bei der Medizinprodukteverordnung (MDR) binden mehr und mehr Ressourcen und Kapital, das für Innovationen fehlt. In der betrieblichen Praxis wirken die hohen bürokratischen Lasten damit als Investitionshemmnis und schaden dem Wirtschaftsstandort Deutschland. Diese Situation dürfte sich angesichts zusätzlicher Anforderungen beispielsweise durch die verpflichtende Nachhaltigkeitsberichterstattung und das europäische Lieferkettengesetz tendenziell weiter verschärfen. Eine der besonders betroffenen Branchen ist die Chemische und Pharmazeutische Industrie mit 83 Prozent. So sehen sich beispielsweise Chemieunternehmen mit zunehmenden regulatorischen Anforderungen, etwa bei der Entwicklung und dem Einsatz von Chemikalien konfrontiert (REACH). Für kleine und mittlere Pharmaunternehmen stellt der große Dokumentationsaufwand in der Forschung eine Herausforderung dar. In der Baubranche (74 Prozent) ist die Situation vergleichbar. Die Existenz von 16 verschiedenen Landesbauverordnungen mit komplexen und unterschiedlichen Vorschriften für jedes Bundesland führt zu Verzögerungen, steigenden Kosten und Unsicherheiten in Bauprojekten.

Mit Reallaboren Innovationen ermöglichen

Um Unternehmen in ihren Innovationsaktivitäten zu unterstützen und zu fördern, sollten Verfahren vereinfacht, verschlankt und durch die Digitalisierung beschleunigt werden. Die Coronakrise hat gezeigt, dass entsprechende Maßnahmen wie z. B. die Abkehr von Schriftformerfordernissen möglich sind. Das Ziel sollte daher sein, Vorschriften und Richtlinien zurückzufahren, Vorgaben näher an der Praxis auszurichten und Belastungen abzubauen, um Kapazitäten für Innovationen freizusetzen. Außerdem sollten zukünftige Gesetze auf ihre Innovationsfreundlichkeit geprüft werden. Reallabore und Experimentierklauseln sind eine niedrigschwellige Möglichkeit für Betriebe, Innovationen im Rahmen eines gelockerten Regulierungsrahmens voranzutreiben – und damit neue Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen hervorbringen. Wissenschaft und Wirtschaft sollten zukünftig verstärkt gemeinsam in diesen Experimentierräumen agieren. Die Bundesregierung sollte hierfür mehr Spielräume eröffnen. Ein entsprechendes Gesetz wird noch in dieser Legislaturperiode erwartet und sollte schnellstmöglich umgesetzt werden.

Schutzrechte binden Kapazitäten

Der Anteil der Unternehmen, die durch den Aufwand, den sie für die Erhaltung ihrer Schutzrechte betreiben müssen, auf diese Weise in ihrer Innovationsdynamik gebremst werden, liegt bei 40 Prozent. In der Industrie sind besonders Chemie und Pharma betroffen (52 Prozent). Die geplanten Reduzierungen der Schutzfristen für Medikamente auf EU-Ebene sind aktuell ein wichtiges Thema für diese Branche.⁵ Für größere Unternehmen ab 250 Mitarbeitende stellen Schutzrechte ein leicht größeres Hindernis (42 Prozent) als für KMU dar (40 Prozent).

Zugang zu Wagniskapital wieder etwas beschwerlicher

Nach den in den vergangenen Jahren stetigen Erleichterungen beim Zugang zu Wagniskapital sind von den Hürden zuletzt wieder etwas mehr Unternehmen betroffen gewesen. Der Anteil liegt aktuell bei 29 Prozent nach 24 Prozent in 2020 (2017: 34 Prozent, 2015: 59 Prozent).

Aufgrund der derzeitigen konjunkturellen Lage fällt es jungen und innovativen Unternehmen schwerer, Zugang zu Wagnis- und Beteiligungskapital zu erhalten. Dennoch scheinen die staatlichen Maßnahmen der Vergangenheit die negativen Auswirkungen auf diesen Faktor zumindest ein wenig abzufedern – auch unter den kleinsten Unternehmen (1–49 Mitarbeitern) ist der Anteil an Betroffenen nur um fünf Prozentpunkte gewachsen (von 30 Prozent 2020 auf 35 Prozent 2023). Zu den staatlichen Maßnahmen gehören z. B. die erleichterten Konditionen des Verlustvortrags sowie das KfW-Programm Venture Tech Growth Financing, das technologieorientierten, schnell wachsenden Unternehmen Kredite zur Finanzierung des weiteren Wachstums bietet. Darüber hinaus planen die Bundesregierung und die Europäische Union regulatorische Barrieren für die Teilnahme am Kapitalmarkt weiter abzubauen. Im Rahmen des Zukunftsfinanzierungsgesetzes und der Kapitalmarktunion sollen zusätzliche Maßnahmen ergriffen werden, um KMU dabei zu unterstützen, privates Kapital für ihre Investitionen zu mobilisieren. Nichtsdestotrotz ist der deutsche Wagniskapitalmarkt im internationalen Vergleich schwach entwickelt. Es gibt hierzu wenige aktive Business Angels und Venture Capital Fonds. Großvolumige Anlagemöglichkeiten für institutionelle Anleger fehlen, ebenso wie Anreize für kleine und mittlere Unternehmen, mit Start-ups zu kooperieren. Zukünftig könnte die Besteuerung von Wagniskapitalfonds so geregelt werden, dass es nicht zu einer Doppelbesteuerung – erst des Fonds und dann auch noch des Anlegers – kommt.

⁵ https://germany.representation.ec.europa.eu/news/reform-der-eu-arzneimittelregeln-medikamente-sollen-leichter-zuganglich-erschwinglicher-und-2023-04-26_de

Kooperationen zwischen Wissenschaft und Unternehmen – Potenziale liegen brach

Einer der Gründe, warum Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft nicht zustande kommen, liegt an der mangelnden Transparenz über Kooperationsmöglichkeiten. Drei von zehn Unternehmen sehen ihr Innovationspotenzial dadurch eingeschränkt. Nicht so stark betroffen sind Betriebe mit über 500 Mitarbeitenden. Von diesen großen Unternehmen nennen nur 17 Prozent die mangelnde Transparenz als einschränkenden Faktor der Innovationsaktivität, wohingegen 29 Prozent der KMU dies als Hindernis identifizieren. Ein anderer Grund ist das Fehlen geeigneter wissenschaftlicher Kooperationspartner vor Ort. Jedes vierte Unternehmen sieht die regionalen Zusammenarbeitsmöglichkeiten mit der Wissenschaft als verbesserungswürdig an.

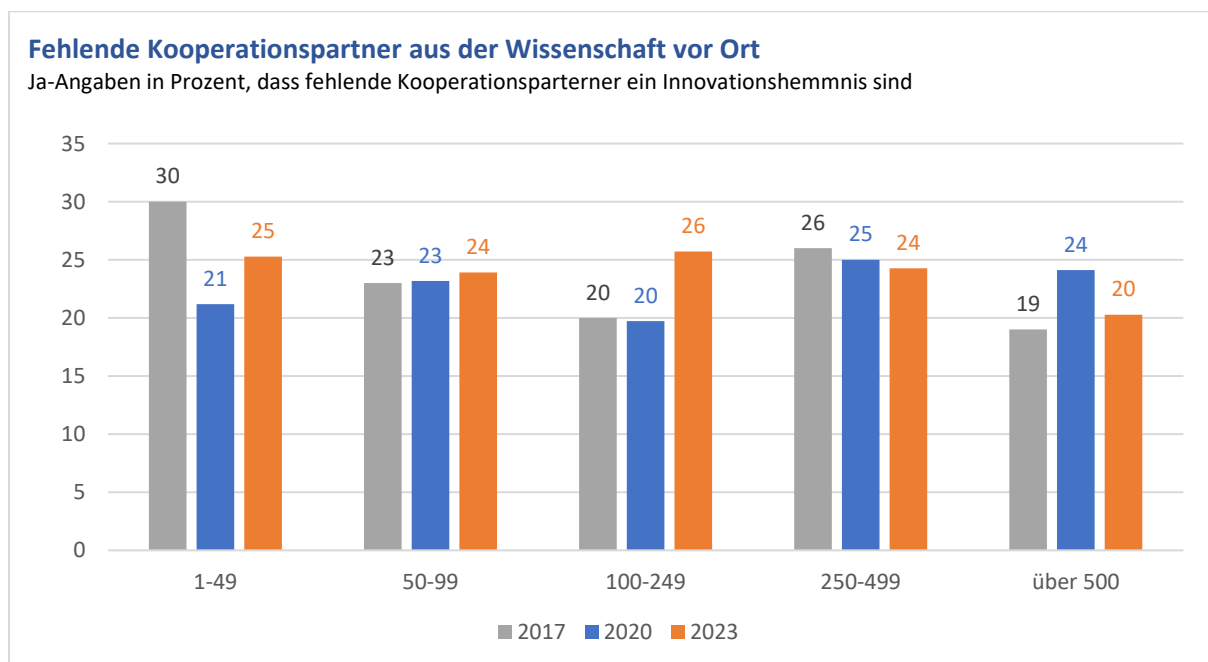


Abbildung 14: Fehlende Kooperationspartner aus der Wissenschaft

Aus Sicht der Wirtschaft sollte der Technologietransfer stärker im Fokus der Hochschulen sowie der öffentlichen und privaten Forschungseinrichtungen stehen und das Angebot privater FuE-Dienstleister ergänzen. Dazu benötigen sie zusätzliche finanzielle und personelle Ressourcen, nicht zuletzt, um einen regelmäßigen Austausch mit der Wirtschaft zu ermöglichen. Gerade für den Mittelstand sind wirtschaftsnahe Ansprechpartner zum Technologietransfer entscheidend. Die IHK-Organisation unterstützt mit ihren 140 Innovationsberaterinnen und -beratern die Kooperationsbemühungen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft. Gleichwohl sind gerade für den Mittelstand feste, einrichtungsübergreifende Technologietransferansprechpartner in der Wissenschaft entscheidend. Sie können den Kontakt zu Unternehmen und Wissenschaft herstellen, Projekte initiieren, bei deren Durchführung unterstützen und den Schutz des geistigen Eigentums fördern. In der Zusammenarbeit bestehen zudem oftmals unterschiedliche Erwartungen und Vorstellungen, etwa hinsichtlich der Zielsetzung, der Praxistauglichkeit des Produkts, der Finanzierung oder wer am Ende Anspruch auf die Innovation hat. Die geplante Deutsche Agentur für Transfer und Innovation (DATI) oder ähnliche Einrichtungen könnten daher Musterverträge für die Klärung von geistigem Eigentum zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zur Verfügung stellen.

V. Ohne Finanzierung keine Ideenumsetzung

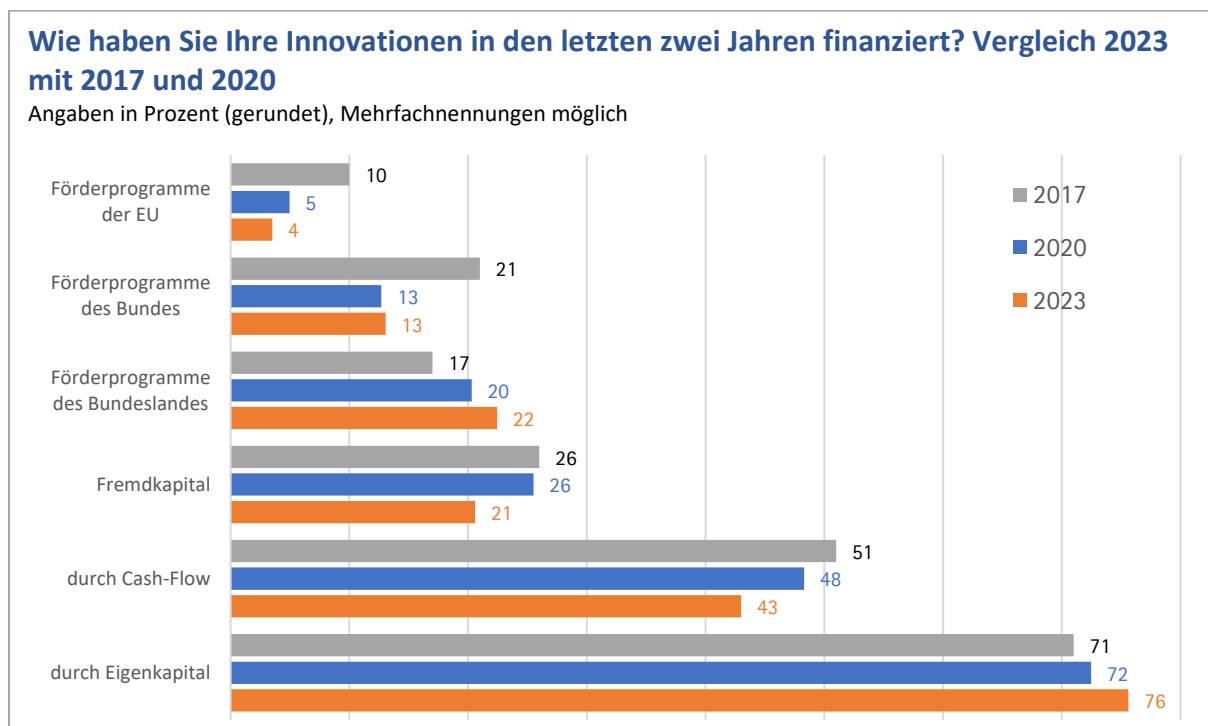


Abbildung 15: Wie haben Sie Ihre Innovationen in den letzten zwei Jahren finanziert? Vergleich 2023 mit 2017 und 2020

Eigenkapital als wichtigste Finanzierungsquelle

Um Innovationen zu entwickeln sind Unternehmen auf eine gesicherte Finanzierung angewiesen. Nur auf einer stabilen finanziellen Grundlage können neue Ideen, Produkte und Geschäftsmodelle entworfen und realisiert werden. In den vergangenen zwei Jahren haben mehr als drei Viertel der Betriebe ihre Innovationen mit der Hilfe von Eigenkapital finanziert (76 Prozent, 2020: 72 Prozent). Das ist im Vergleich zur Vorumfrage ein Anstieg um 4 Prozentpunkte. Der deutliche Fokus auf das Eigenkapital macht hiesige Betriebe unabhängiger von Krediten, vor allem KMU (77 Prozent; größere Unternehmen ab 250 Mitarbeitende 70 Prozent).

Weniger Finanzierung durch Cash-Flow und Kredite

Immer weniger Unternehmen finanzieren ihre Innovationen mithilfe des Cash-Flows. Aktuell sind es 43 Prozent – nach 48 Prozent im Jahr 2020 und 51 Prozent im Jahr 2017. Gerade bei den großen Betrieben (mit über 500 Mitarbeitenden) ist der Rückgang stark ausgefallen. Haben die großen Unternehmen 2020 noch zwei Drittel der Projekte durch Cash-Flow finanziert, waren es 2023 knapp die Hälfte.

Auch die Finanzierung durch Kredite (Fremdkapital) ist gesunken auf 21 Prozent (2020: 26 Prozent). Während der Rückgang über alle Größenklassen der Unternehmen gleichmäßig erfolgt, gibt es zwischen den Branchen große Unterschiede. Dabei sticht besonders die Metallerzeugung und -bearbeitung heraus:

39 Prozent der Branche finanzieren ihre Innovationen mithilfe von Krediten – sie liegen damit deutlich über dem Schnitt der Industriebetriebe (24 Prozent). Im Maschinenbau finanziert nicht einmal jedes Fünfte Unternehmen ihre Innovationen mithilfe von Krediten (15 Prozent).

Interesse an Förderprogrammen der Länder steigt weiter

Förderprogramme sind wichtige Impulsgeber und Beschleuniger für Forschungs- und Entwicklungsprojekte. Insbesondere das Interesse an Länderprogrammen ist in den vergangenen Jahren weiter gestiegen. Mittlerweile finanzieren 22 Prozent der Unternehmen ihre Innovationen mithilfe von Förderprogrammen der Bundesländer (2020: 20 Prozent, 2017: 17 Prozent).

Ein Grund hierfür dürfte die stärkere Bekanntheit der landesweiten Förderprogramme sein – im Vergleich zu Bundes- und EU-Programmen.

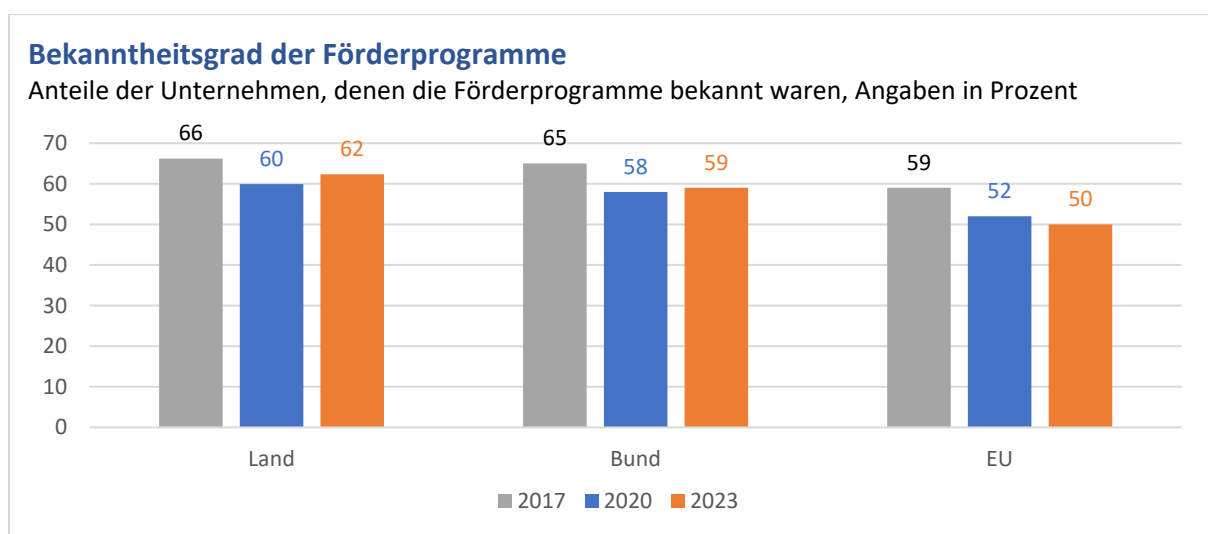


Abbildung 16: Bekanntheitsgrad der Förderprogramme

Wie auch in der Vorumfrage 2020 geben 13 Prozent der Betriebe an, ihre Innovationen mithilfe von Fördergeldern des Bundes zu finanzieren – 2017 lag der Anteil noch bei 21 Prozent. Gleiches gilt für die Nutzung von EU-Fördermitteln. Seit 2017 sinkt die Inanspruchnahme dieser Gelder. Während in diesem Jahr 4 Prozent der Betriebe ihre Innovationen mit EU-Geldern finanzieren, waren es 2020 noch 5 Prozent und 2017 sogar 10 Prozent.

Die Zufriedenheit der Nutzer ist bei allen Förderprogrammen zurück gegangen – vor allem bei EU-Förderprogrammen ...

Mit allen Programmen haben die Nutzer der Förderprogramme eher positive bis sehr positive Erfahrungen gemacht. Mit am besten bewertet wurden die Erfahrungen mit den Programmen der Länder (sehr positiv: 13 Prozent; eher positiv: 70 Prozent). Das Meinungsbild bezüglich der Programme des Bundes ist sehr ähnlich: 12 Prozent haben sehr positive Erfahrungen gemacht und 72 Prozent eher positive. Die Erfahrungen mit EU-Programmen sind auch positiv bewertet worden, jedoch mit deutlichen Abzügen: 12 Prozent sehr gute Erfahrungen und nur 53 Prozent eher positive Erfahrungen.

Generell ist die Zufriedenheit der Nutzer geringfügig zurückgegangen, mit Blick auf die Programme ist jedoch ein leichter Meinungsumschwung im Vergleich zu 2020 zu verzeichnen. Besonders die Zufriedenheit mit EU-Förderprogrammen hat deutlich abgenommen (von 83 Prozent im Jahr 2020 auf 65 Prozent in 2023). In den Freitextantworten bemängelten einige Unternehmen die entstehenden Dokumentations-, Prüfungs- und Nachweispflichten als Hemmnis sowie die Antragstellung, die für viele Unternehmen ohne Drittunterstützung nicht möglich sei. Der potenzielle Nutzen würde durch einen höheren "Selbstverwaltungsaufwand" zunichtegemacht werden.

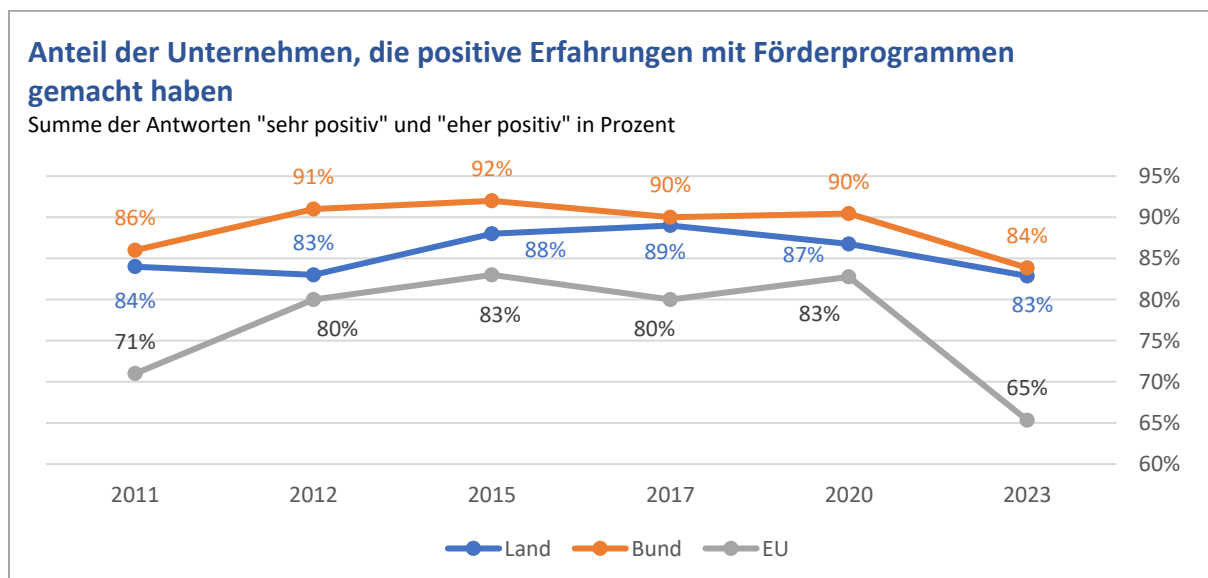


Abbildung 17: Anteil der Unternehmen, die positive Erfahrungen mit Förderprogrammen

Schwierigkeiten bei EU-, Bundes-, und Länder-Programmen

Die Gründe, warum Unternehmen in den letzten Jahren keine öffentliche Förderung in Anspruch genommen haben, sind bei Bundes-, Länder- und EU-Programmen ähnlich. Häufig schrecken die Betriebe auch hier die bürokratischen Auflagen in Verbindung mit Fördermitteln ab: Das Gesamtverfahren ist ihnen schlichtweg zu kompliziert. Für einige bedeuten Förderprogramme oftmals zeitaufwendige Antragsstellungen, lange Bearbeitungszeiten und somit zähes Warten auf die Förderentscheidung. Zudem erschweren komplexe Förderauflagen die effiziente Nutzung der Mittel.

Erstmal abgefragt wurden auch unerwartete Einschränkungen bei Förderprogrammen, die für Unternehmen auftreten (Bund: 17 Prozent; Land: 15 Prozent; EU: 8 Prozent). Ausschlaggebend könnte der mehrmonatige Antragsstopp beim größten Innovationsförderprogramm der Bundesregierung – dem Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) – ab Oktober 2021 gewesen sein. Allerdings gibt es hier positive Signale – seit September 2023 können pro Unternehmen wieder bis zu zwei Forschungs- und Entwicklungsprojekte innerhalb von zwölf Monaten bewilligt werden. Die zuvor eingeführte Einschränkung, wonach Unternehmen erst 24 Monate nach der letzten Bewilligung eine weitere Bewilligung für ein Forschungs- und Entwicklungsprojekt erhalten können, wurde damit aufgehoben.⁶

Auf Landes- und Bundesebene sind für die Hälfte der Unternehmen die Antragstellung bzw. dessen Abwicklung zu kompliziert. Für Programme des Bundes lag dieser Anteil bei 51 Prozent, auf EU-Ebene bei

⁶ <https://www.zim.de/ZIM/Redaktion/DE/Meldungen/2023/3/2023-09-11-aufhebung-der-massnahme-zur-begrenzung-von-bewilligungen.html>

41 Prozent. Der vergleichsweise niedrige Anteil bei EU-Programmen, liegt jedoch vermutlich nicht an der Einfachheit der Anträge, sondern an deren Unbekanntheit. Denn der meistgenannte Grund für nicht Nutzen der EU-Gelder ist Unkenntnis: 50 Prozent der Unternehmen kennen die EU-Förderprogramme nicht. Bezogen auf Bundesebene liegt dieser Anteil bei 41 Prozent und bei Landesebene bei 38 Prozent.

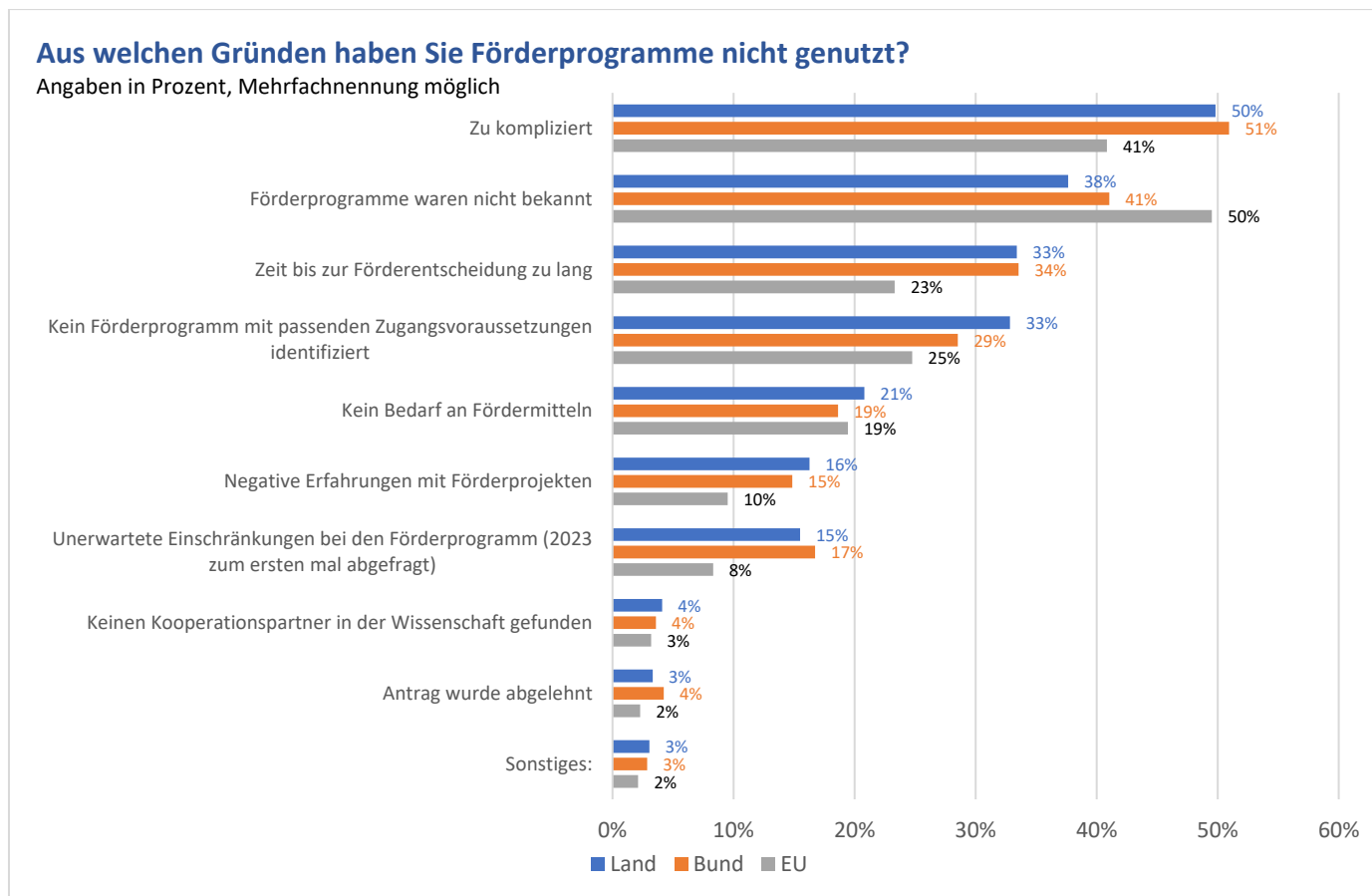


Abbildung 18: Gründe für Nicht-Nutzung der Förderprogramme

Unbekanntheit ist - neben den komplexen Antragsstellungsverfahren - das Haupthemmnis bei der Nutzung von Förderprogrammen. Dies zeigt sich auch bei der Forschungszulage: Drei von zehn Unternehmen kennen die steuerliche Förderung für Forschung und Entwicklung – und weitere sieben Prozent haben sie schon genutzt. 62 Prozent hingegen kennen sie nicht. Je größer das Unternehmen ist, desto bekannter ist die Forschungszulage.

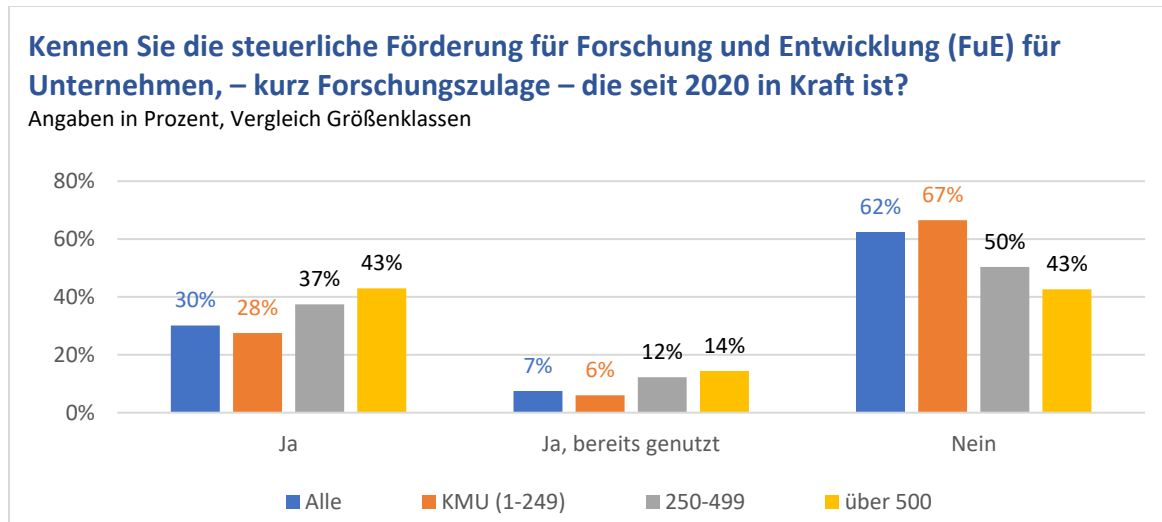


Abbildung 19: Bekanntheit der steuerlichen Förderung für Forschung und Entwicklung (sog. Forschungszulage)

Fragebogen

DIHK-Umfrage zum Industrie- und Innovationsstandort Deutschland 2023

1a. Wie bewerten Sie die aktuelle Wirtschaftspolitik der *Bundesregierung* mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland?

Skala von eins („sehr gut“) bis sechs („ungenügend“)

1	2	3	4	5	6

1b. Wie bewerten Sie die Wirtschaftspolitik Ihrer *Landesregierung* mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie in Ihrem Bundesland?

Skala von eins („sehr gut“) bis sechs („ungenügend“)

1	2	3	4	5	6

2. Wie bewerten Sie mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland die folgenden Standortfaktoren im internationalen Vergleich?

Skala von 1 („klarer Wettbewerbsvorteil“) bis 6 („nicht wettbewerbsfähig“)

	1	2	3	4	5	6
Verfügbarkeit von Fachkräften						
Qualifikation von Fachkräften						
Steuerrecht (Komplexität / Praxistauglichkeit)						
Höhe der Steuern und Abgaben						
Höhe der Energiekosten						
Energieversorgungssicherheit						
Verfügbarkeit von Rohstoffen						
Fülle und Verständlichkeit von bürokratischen Auflagen						

	1	2	3	4	5	6
Umweltschutzaufgaben						
Qualität der Verkehrsinfrastruktur						
Qualität der digitalen Infrastruktur						
Verfügbarkeit von Gewerbe- und Industrieflächen						
Dauer und Komplexität von Planungs- und Genehmigungsverfahren						
Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen						
Vernetzung von Forschung / Hochschulen mit Unternehmen						
Umfeld für unternehmerische Innovationsaktivitäten						
Verfügbarkeit von Zulieferunternehmen / Dienstleistern vor Ort						
Image der Industrie in der Gesellschaft						
Einstellung der Bevölkerung zu Großprojekten						
Einstellung der Bevölkerung zu neuen Technologien						
Rechtssicherheit						
Politische Unterstützung im globalen Wettbewerb/ Außenhandelsförderung						
Einhaltung zusätzlicher Rechtsvorschriften ggü. ausländischen Mitbewerbern (z. B. Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz)						

3) Welche Aktivitäten plant Ihr Unternehmen in den kommenden 12 Monaten, um innovations- und wettbewerbsfähiger zu werden?

	Erstmals	wie bisher	Stärker als bisher	weniger als bisher	Nicht geplant
Akquise von Fachkräften / Forschern aus dem Ausland					
Spezifische Mitarbeiterqualifizierung (z. B. technische Fortbildung, berufsbegleitendes Studium)					
Einkauf von Wissen (Patente / Lizenzen)					
Vernetzung und Automatisierung der Produktionsprozesse im Sinne von Industrie 4.0					

Entwicklung neuer Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle im Zuge der Digitalisierung					
Ausbau der Fertigungstiefe im Unternehmen					
Erhöhung der Lagerhaltung					
Kooperationsprojekte mit Kunden, Lieferanten und anderen Unternehmen					
Kooperationsprojekte mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen					
Aufbau von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten im Ausland					
Aufbau eines innerbetrieblichen Innovationsmanagements					
Sonstiges (Freitext)					

4a. Wie bewerten Sie die Rahmenbedingungen für Forschung- und Entwicklung am Innovations- und Forschungsstandort Deutschland?

Skala von eins („sehr gut“) bis sechs („ungenügend“)

1	2	3	4	5	6

4b. Wie bewerten Sie die Rahmenbedingungen für Forschung- und Entwicklung in *Ihrem Bundesland?*

Skala von eins („sehr gut“) bis sechs („ungenügend“)

1	2	3	4	5	6

5. Schränken die folgenden Faktoren Ihre Innovationsfähigkeit ein?

	Ja	nein, keine Einschränkung	Nicht relevant
Hohe bürokratische Anforderungen im Innovationsprozess (z. B. Zulassungs- und Genehmigungsverfahren, Datenschutz)			
Fehlender Zugang zu Daten des öffentlichen Sektors (Verkehr, Versorgung, Gesundheit, Verwaltung)			
Hoher Aufwand, um eigene Schutzrechte zu erhalten			
Hürden beim Zugang zu Wagnis- und Beteiligungskapital			
Mangelnde Finanzierung durch Banken			
Mangelnde Transparenz über Kooperationsmöglichkeiten mit Forschungseinrichtungen und Hochschulen			
Fehlende geeignete Kooperationspartner aus der Wissenschaft vor Ort			
Fehlendes (Fach)personal			
Sonstiges (Freitext)			

6. Wie wird sich die Innovationsaktivität Ihres Unternehmens in den nächsten 12 Monaten voraussichtlich entwickeln?

Wir planen keine Innovationsaktivitäten	geringere Innovationsaktivität	Keine Veränderung der Innovationsaktivität geplant	höhere Innovationsaktivität

7a. Wie haben Sie Ihre Innovationen in den letzten zwei Jahren finanziert? (Mehrfachnennung möglich)

- durch Eigenkapital
- durch Cash-Flow
- durch Fremdkapital (insb. Kredite)
- durch Förderprogramme von EU / Bund oder Land;
 Falls Ja: Wie waren Ihre Erfahrungen? (Bewertung jeweils für EU, Bund oder Land):
 sehr positiv / eher positiv / eher negativ / sehr negativ
 Falls Nein: Was waren die Gründe (Mehrfachantworten möglich) (für EU/Bund/Land)

Förderprogramme waren nicht bekannt

	Kein Bedarf an Fördermitteln
	Antragstellung/ Abwicklung zu kompliziert
	Zeit bis zur Förderentscheidung zu lang
	keinen Kooperationspartner in der Wissenschaft gefunden
	Antrag wurde abgelehnt
	Negative Erfahrungen mit Förderprojekten
	Kein Förderprogramm mit passenden Zugangsvoraussetzungen identifiziert
	Unerwartete Einschränkungen bei den Förderprogrammen (z. B. durch Antragsstopp, nachträgliche Anpassung von Förderbedingungen)
	Sonstiges (Freitext)

7b. Kennen Sie die steuerliche Förderung für Forschung und Entwicklung (FuE) für Unternehmen, – kurz Forschungszulage – die seit 2020 in Kraft ist?

- Ja
- Ja und habe sie bereits genutzt
- Nein

Angaben zum Unternehmen

Branchen

1.

Bau

Industrie => weiter mit 1.1

Handel

Dienstleistungen => weiter mit 1.2

Sonstige

1.1

Chemische und Pharmazeutische Industrie

Elektrotechnik

Energieversorgung

Ernährungsgewerbe

Fahrzeugbau

Glas, Keramik und Steinverarbeitung

Gummi- und Kunststoffindustrie

Maschinenbau

Medizintechnik

Metallerzeugnisse

Metallerzeugung und -bearbeitung

Papier- und Druckgewerbe

Textil, Bekleidung und Ledergewerbe

Sonstige Industrie

1.2

Industriennahe Dienstleister

Informations-, Kommunikations-, und IT-Dienstleister

Verkehr / Logistik

Sonstige industriennahe Dienstleister

Sonstige Dienstleister

Anzahl der Mitarbeiter

1-49	50-99	100-249	250-499	über 500
------	-------	---------	---------	----------

Methodik

Die Umfrage hat vom 10. Juli bis zum 8. September 2023 mit Unterstützung der 79 Industrie- und Handelskammern stattgefunden. Deutschlandweit haben 2.272 Unternehmen an der Umfrage teilgenommen. Die Befragung hat zum sechsten Mal stattgefunden, nach 2008, 2011, 2014, 2017 und 2020. Nach Unternehmensgrößenklasse verteilen sich die Antworten wie folgt: 1-49 Beschäftigte (55,5%), 50-99 Beschäftigte (12,6%), 100-249 Beschäftigte (12,6%), 250-499 Beschäftigte (6,2%), über 500 Beschäftigte (13,0%).

Impressum

Deutsche Industrie- und Handelskammer

Bereich Energie, Umwelt, Industrie – Berlin 2023

Herausgeber und Copyright

© Deutsche Industrie- und Handelskammer

Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte

Telefon 030 20308-0 | Fax 030 20308-1000

DIHK Brüssel

Vertretung der Deutschen Industrie- und Handelskammer bei der Europäischen Union

19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles

Telefon : +32 2 286-1611 | Fax +32 2 286-1605

Internet

www.dihk.de

Facebook

www.facebook.com/DIHKBerlin

Twitter

http://twitter.com/DIHK_News

Redaktion

Christian Gollnick, Dr. Susanne Gewinnus, Thorben Petri, Dr. Sebastian Bolay

Bildnachweis

© Getty Images / Contributor / Westend61

Cover: Friedemann Encke, DIHK

Stand

November 2023

